

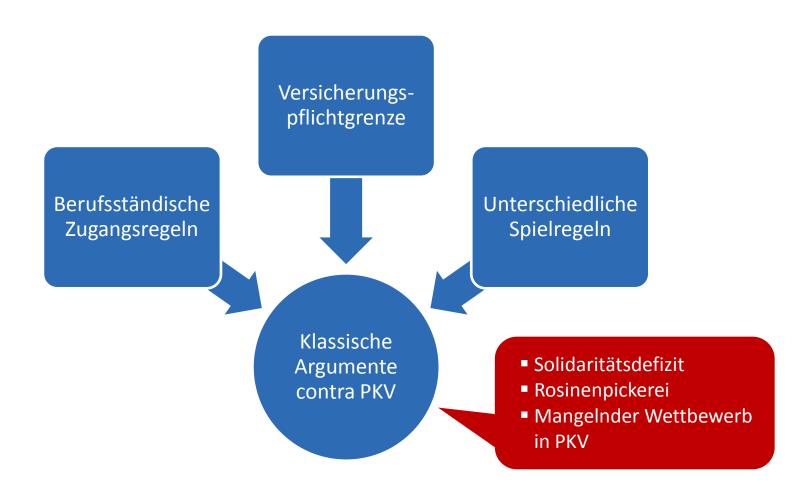
Dr. Timm Genett Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Krankenversicherung. Die Sicht der PKV

Gesundheitspolitisches Forum des Fördervereins für ärztliche Fortbildung in Hessen e.V. in Zusammenarbeit mit der KV Hessen und der AG Zukunft im Gesundheitswesen

Frankfurt, 10. April 2013



Dualität: Ein gesellschaftspolitisches Reizthema





Der neue Diskurs

"Konvergenz"

"Gesetzliche und Private Krankenversicherung bewegen sich seit Jahren aufeinander zu […] Diese Trennung ist nicht mehr zeitgemäß." Jens Spahn, Die Welt, 15.3. 2012

"Einheitlicher Rechtsrahmen" "Wer einen einheitlichen Versicherungsmarkt will wie Herr Spahn, der will die Bürgerversicherung." Karl Lauterbach, Rheinpfalz, 15.3.2012

"Morbidität der PKV"

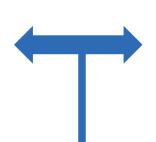
"Die Lage der PKV ist ganz offensichtlich bedrohlich. [...] Vor diesem Hintergrund halte ich einen einheitlichen Versicherungsmarkt für die logische Konsequenz." Jürgen Graalmann, dpa, 28.3.2012



Wettbewerbsrestriktionen im Gesundheitssystem



Alle Bürger erhalten die notwendige med. Versorgung auf dem Stand des Fortschritts



"Normale" Wettbewerbsordnung

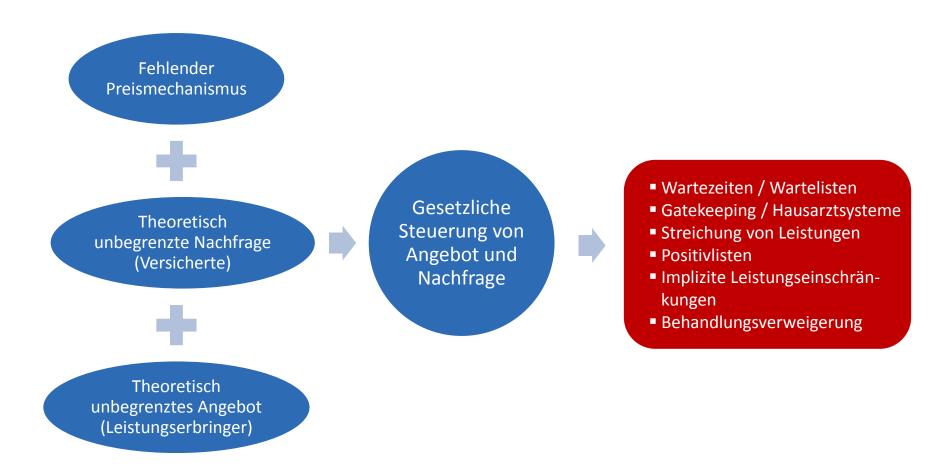
Leistungs- und Preisdifferenzierung des freien Marktes

Die marktwirtschaftliche Steuerung von Angebot und Nachfrage über den Preis ist weitgehend außer Kraft gesetzt.

Ein Preis- und Leistungswettbewerb findet nicht statt: Preisverordnungen, Leistungskataloge.



Entstehung und Ausprägungen von Rationierung



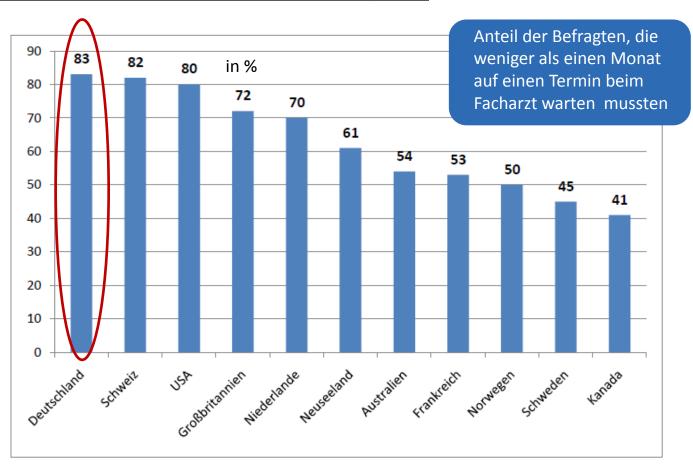


Geringes Rationierungsniveau in Deutschland

OECD-Welt	Situation in Deutschland
Wartezeiten / Wartelisten	Sehr kurze Wartezeiten
Gatekeeping	Freier Zugang zum (Vertrags-)Arzt, freiwillige Teilnahme an Hausarztprogrammen
Streichung von Leistungen	G-BA trifft Entscheidungen nach Evidenz, Ausschluss ist die Ausnahme, bei Arzneimitteln nicht mehr möglich. Gestrichen wurden OTC, Brillen, Lifestyle-Präparate.
Positivlisten	Gibt es nicht. Bei Arzneimitteln Preisverhandlungen über Innovationen.
Implizite Leistungseinschränkungen	Ja, über "Budgetierung" (RLV)
Behandlungsverweigerung	Nein
Zahnersatz	Ist im Versicherungsschutz enthalten (befundorientierte Festzuschüsse)
Zuzahlungen	Geringer Umfang, mit Belastungsgrenze
Ausdünnung der flächendeckenden Versorgung	Flächendeckende Versorgung mit Haus- und Fachärzten, Krankenhäusern und and. Heilberufen



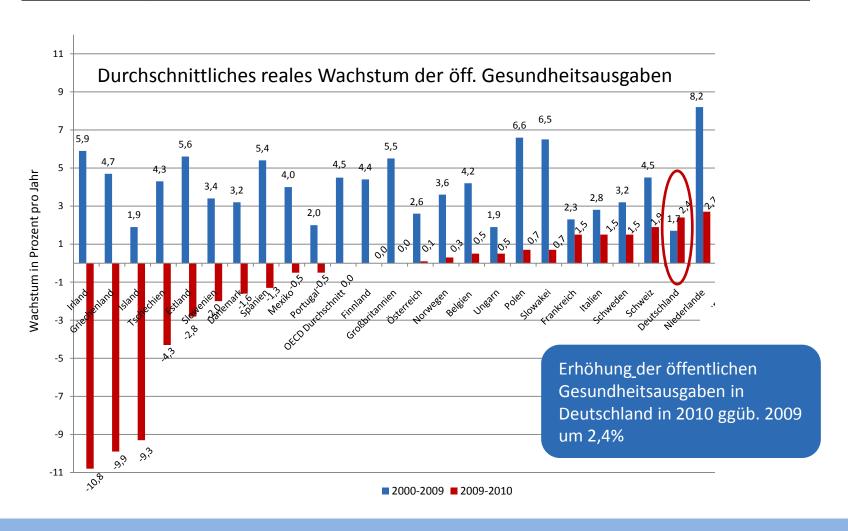
Wartezeiten im internationalen Vergleich



Commonwealth Fund International Health Policy Survey 2010, WIP 2012



Auswirkungen der Finanz-/Staatsschuldenkrise: OECD-Länder, seit 2000





Thesen zum Begriff "Zwei-Klassen-Medizin"

1. Der Begriff ist ein politischer Kampfbegriff.

Vorwurf, dass der Zugang zu medizinisch notwendigen Leistungen vom persönlichen Geldbeutel abhängig sei. "Therapievorschlag": Bürgerversicherung.

2. "Zwei-Klassen-Medizin" entsteht in Reaktion auf Rationierung.

Im internationalen Vergleich ist das Niveau an Rationierung in Deutschland sehr gering.

3. Die Tendenz zur "Zwei-Klassen-Medizin" ist in Einheitssystemen am größten.

Einschnitte in die Grundversorgung sind in Einheitssystemen leichter möglich. Auffangen können Einschnitte nur finanzstarke Patienten: Durch höhere Eigenanteile, Zusatzversicherungen und duplizierende Versicherungen.



Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Krankenversicherung

Die Sicht der PKV

Fazit des Ländervergleichs

In Einheitssystemen bestehen größere Versorgungsunterschiede als in Deutschland.

Steuerfinanzierte Gesundheitssysteme rationieren am stärksten.

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise hat das Problem der Rationierung in vielen Ländern weiter verschärft.

Einheitssysteme sind Wegbereiter der "Zwei-Klassen-Medizin".

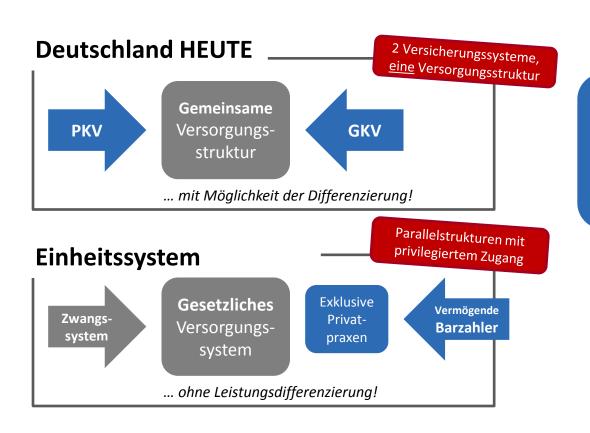
Das deutsche duale Gesundheitssystem hat sich auch in der Krise als robust und wenig krisenanfällig erwiesen.



Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Krankenversicherung

Die Sicht der PKV

Einheitssysteme führen zur Zwei-Klassen-Medizin



Phantasie Ein-Klassen-Medizin: Leistungsunterschiede gibt es immer, als Zusatzversicherung oder im "grauen" Markt!



Die Bürgerversicherung zerstört ein funktionierendes System

Leistungsstärke

budgetfreie Zone

lebenslange Leistungssicherheit

schnelle Teilhabe am medizinischen Fortschritt

Freiheit

Prinzip der Vertragsfreiheit

Freie Arzt- und Krankenhauswahl

Prinzip der Therapiefreiheit

Eigenverantwortung

Individuell: Verzicht auf Subventionen

Kollektiv: Alterungsrückstellungen



Werden die Erwartungen die Bürgerversicherung erfüllt?

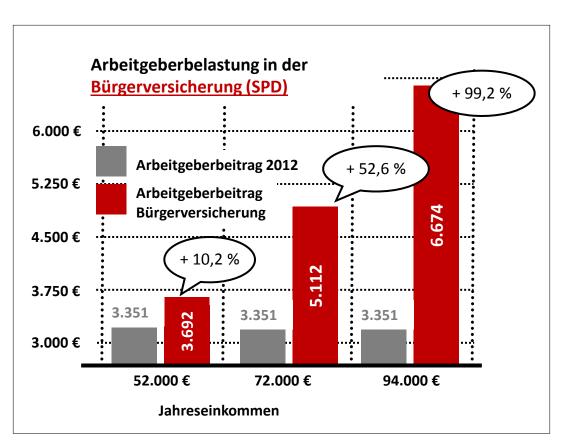
Mehr Beitragsgerechtigkeit durch Einbeziehung aller Einkommensarten und Erhöhung der BBG?	Aufgabe dieser Punkte im SPD-Konzept Verbeitragung von Arbeitnehmern endet an bestehender BBG
Nachhaltigere Finanzierung?	100% Umlage garantiert keine Nachhaltigkeit. Das demografische Problem verschärft sich.
Vermeidung von "Zweiklassenmedizin"?	Beförderung einer echten Zweiklassenmedizin
Entlastung des Faktors Arbeit?	Wegfall der BBG für Arbeitgeber



Die Kernidentität der Bürgerversicherung ist negativ. Ziel ist die Abschaffung der PKV.



Die Bürgerversicherung der SPD gefährdet Arbeitsplätze am Standort D



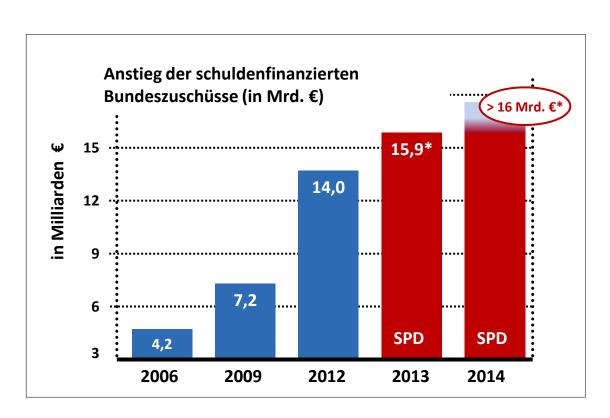
- Erhöhung der Lohnzusatzkosten
- Sonderabgabe auf innovative Arbeitsplätze
- Benachteiligung der hochlohnintensiven Branchen
- Gefährdung von Wachstum und Wohlstand

Quelle: PKV (2011), Bürgerversicherung:

Anspruch und Wirklichkeit einer politischen Idee



Die Bürgerversicherung der SPD öffnet staatlichem Einfluss Tür und Tor



SPD-Modell

zur Bürgerversicherung: Verstärkung der Staatszuschüsse! Zuschüsse in 2014: > 16 Mrd. €

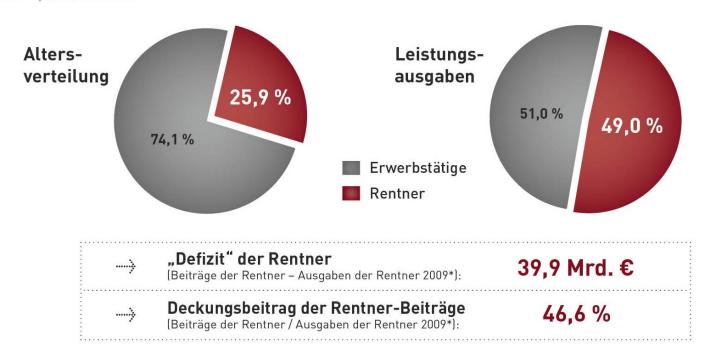
Wer bezahlt, der bestimmt: "Gesundheitsversorgung nach Kassenlage"

^{*}SPD-Plan: Anstieg der Zuschüsse nach der Fortschreibungsregel zur Dynamisierung der Bundeszuschüsse in der Rentenversicherung



Altersverteilung und Leistungsausgaben in der GKV

2009*, in Prozent



^{*)} zuletzt vom BMG für 2009 ausgewiesen

Quelle: BMG

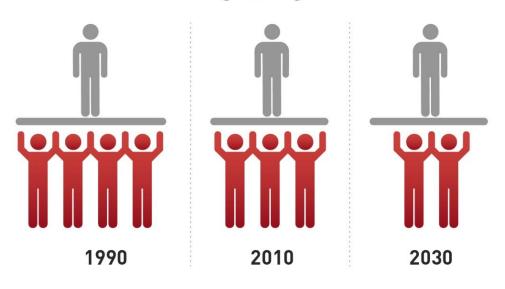


Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Krankenversicherung

Die Sicht der PKV

Das Umlageverfahren ist demografieanfällig

So viele Erwerbsfähige "tragen" einen Rentner*



Der demografische Wandel ist unumkehrbar!

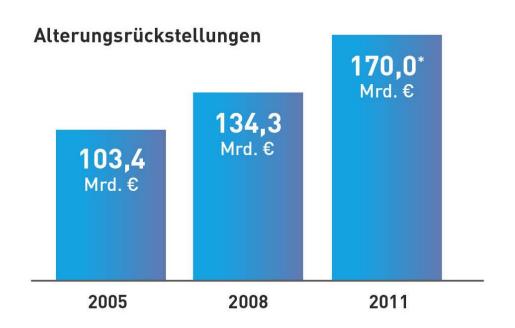
Einheitssystem heißt
= 100 % Umlage
= Kosten- und
Ausgabenproblem steigt

* Details:

Rentenbericht 2005: Verhältnis 1:4 in 1991; 1:3 in 2006; 1:2 in 2030
Statistisches Bundesamt: Verhältnis 1:3,4 in 2008; 1:2,3 in 2030; 1:1,8 in 2050 (Annahme: Renteneintrittsalter 67 Jahre)
Deutsches Institut für Altersvorsorge: Verhältnis 1:3 in 2010; 1:1,9 in 2030; 1:1,6 in 2050
Demografiebericht der Bundesregierung 2011: Verhältnis 1:4,2 in 1990; 1:2,9 in 2010; 1:1,5 in 2060



Kapitaldeckung in der PKV



Jede Generation trägt Vorsorge für ihre im Alter steigenden Gesundheitskosten

Kapitalgedeckte PKV

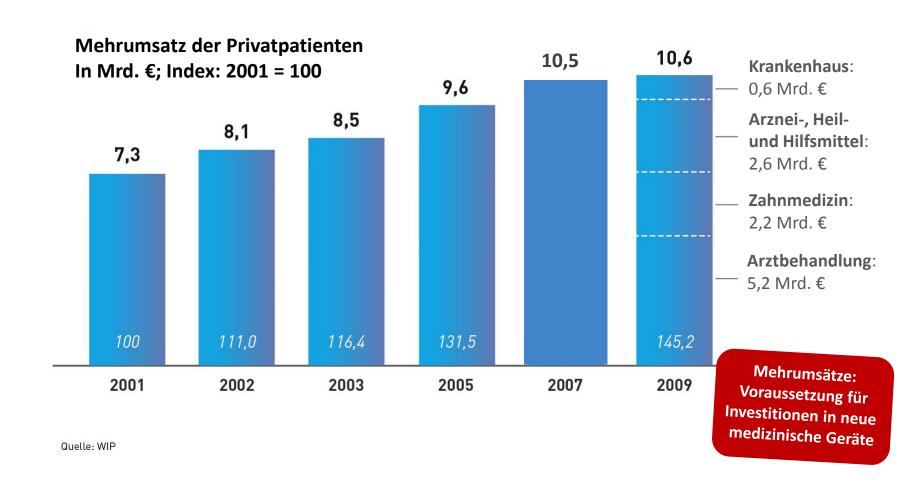
- = "eingebaute" Altersvorsorge
- = Generationengerechtigkeit

* davon: Krankenversicherung: 146 Mrd. €, Pflegeversicherung: 24 Mrd. €

Quelle: PKV-Verband

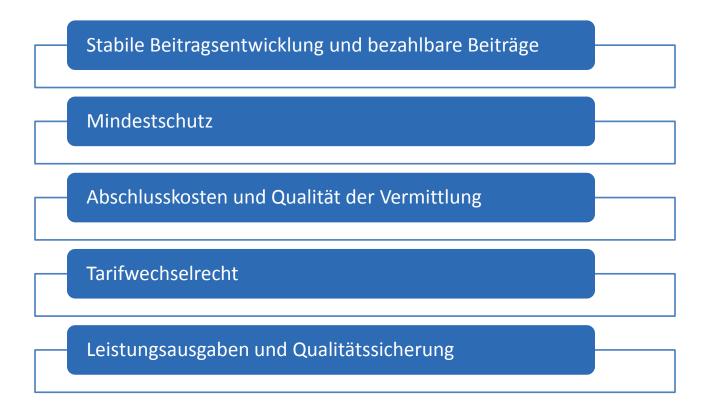


Beitrag der PKV zur Stabilität des Gesundheitssystems



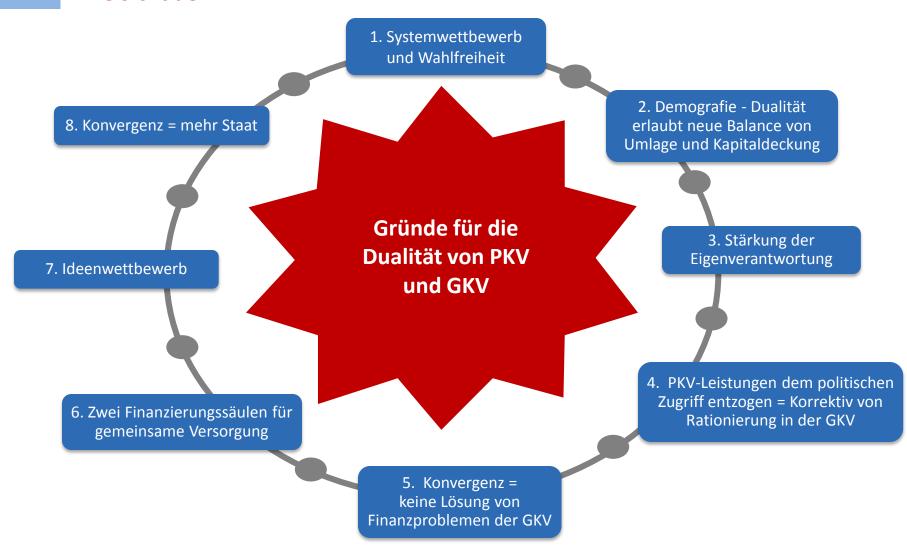


Reformoptionen in der PKV



Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Krankenversicherung

Die Sicht der PKV





Bekenntnis zur Dualität

